



Teil D: Angebotsschreiben

Name des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft

--

Bei Bietergemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

--

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

--

Nationale Identifikationsnummer des Bieters bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft (bitte ankreuzen und ergänzen)

- ☐ USt.-Identifikationsnummer: _____
- ☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____
- ☐ Partnerschaftsregister _____ Amtsgericht: _____

Angaben zur Größe des Bieterunternehmens (bitte ankreuzen)

- ☐ Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinunternehmen)
- ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)
- ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)



Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bieterunternehmens (sofern keine Börsennotierung vorliegt)

(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)

- ☐ Das Unternehmen ist börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen ist **nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vertraglichen Bedingungen (Teil C der Vergabeunterlagen) und zu den im Angebot genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in den Vergabeunterlagen genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Angebot enthält neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

1. Nachweis der Haftpflichtversicherung

Bitte entweder Deckungsbestätigung **oder** rechtsverbindliche Bestätigung, dass im Bedarfsfall eine entsprechende Deckung gewährt werden kann, beifügen. Bitte beachten Sie die Mindestanforderung des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

2. Nachweis der Berufszulassung des Projektleiters

Bitte beachten Sie die Vorgaben des Auftraggebers in **Anlage A01 zu Teil A**.

3. Referenzblatt (Anlage D01) in erforderlicher Anzahl.

Bitte verwenden Sie zur Angabe der Referenzleistungen das als Anlage D01 beigefügte Formblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

4. Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt M der Verfahrensbedingungen (**Teil A**) und geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn Sie keinen Nachunternehmereinsatz beabsichtigen.



5. **Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt N der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
6. **Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage D04).**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
7. **Honorarangebot unter Verwendung des Honorarformblatts (Anlage D05).**
Bitte füllen Sie das Formblatt vollständig in allen weiß hinterlegten Tabellenzellen aus.
8. **Personalkonzept**
Bitte beachten Sie die Vorgaben in Anlage A02 der Verfahrensbedingungen (**Teil A**) unter Ziffer 2. Bitte reichen Sie das Konzept in Form einer Präsentation ein (Format: Powerpoint und pdf-Dokument).

**A. Jahresumsatz des Bieters**

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	Mit Leistungen im Bereich der Freianlagen, §§ 37 HOAI.
2023		
2024		
2025		

B. Personalstand

Angabe des Personalstands im Jahresdurchschnitt:

	Büroinhaber/Geschäftsführer	Architekten/Ingenieure	Technische Mitarbeiter	Kaufmännische Mitarbeiter
2023				
2024				
2025				

C. Vorgesehene Projektleitung

Angabe der für die Projektleitung vorgesehenen Person:

	Name	Berufliche Qualifikation	Berufserfahrung in Jahren
Projektleiter			



D. Verantwortliche Fachplaner (informativ)

Angabe der für die einzelnen Fachplanungen verantwortlichen Personen.

	Name	Berufliche Qualifikation	Berufserfahrung in Jahren
Fachplaner Freianlagen			

E. Gesetzliche Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),



- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

F. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

G. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,



- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

H. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bietergemeinschaft, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.



☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.



Anlage D01: Referenzblatt

(in der erforderlichen Anzahl zu kopieren)

Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen gemäß Teil A **Anlage A01**. Es sind mindestens zwei vergleichbare Referenzen abzugeben.

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes:	
Auftraggeber:	
Anschrift:	
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
E-Mail:	
<p>Art des Vorhabens</p> <p>Bitte kurz beschreiben. Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in den Anlagen A01: Eignungskriterien.</p>	
<p>Baukosten (KG 500 mind. 200.000 EUR netto)</p>	
<p>Bearbeitete und abgeschlossene Leistungen des Bieters (Mindestens abgeschlossene Leistungsphasen 1-8 des Leistungsbildes Freianlagen gem. § 39 HOAI)</p>	



Leistungszeitraum (Abschluss der letzten Leistungsphase nach dem 01.01.2020)	
Handelt es sich um eine Planung unter Berücksichtigung eines bestehenden Baumbestandes?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein



Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen.
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Art und Umfang der Leistung	Name und Anschrift des Nachunternehmers



Anlage D03: Verpflichtungserklärung

Name und Anschrift des Nachunternehmers

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber dem Auftraggeber, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser die im Teilnahmeantrag angegebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,



- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen



- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären,

- dass der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.
- dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften,
- dass die im Angebotsschreiben (Teil D der Vergabeunterlagen) abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.



Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #1 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #2 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Weiteres Mitglied #3 der Bietergemeinschaft:

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Anlage D05: Vorbemerkungen zum Honorarformblatt

1. Bitte füllen Sie das als Excel-Datei den Vergabeunterlagen (Anlage D05) beigefügte Preisblatt in allen ausfüllbaren Feldern aus und nehmen Sie **darüber hinaus keine Eintragungen** vor.
2. Wenn Sie prozentuale Zu- oder Abschläge auf das Nettohonorar für die Grundleistungen nach der HOAI anbieten wollen, machen Sie dies bitte in dem dafür vorgesehenen Feld „*Prozentualer Zu- oder Abschlag auf das Nettohonorar für die Grundleistungen*“ der Tabelle deutlich kenntlich.
3. Für die Berücksichtigung der **mitzuverarbeitenden Bausubstanz** im Rahmen der anrechenbaren Kosten hat der Auftraggeber einen pauschalen Zuschlag vorgesehen, der von Bietern anzubieten ist (siehe auch § 10 Abs. 13 des Ingenieurvertrages). Bitte tragen Sie den von Ihnen angebotenen Zuschlag in dem vorgesehenen Feld **in Prozent** ein, errechnen Sie daraus die vorläufigen anrechenbaren Kosten inkl. mitzuverarbeitender Bausubstanz und **bieten Sie Ihr Honorar auf Basis der so errechneten Kosten** an.
4. Ein angebotener Zu- oder Abschlag auf das Nettohonorar bezieht sich sowohl auf die Angebotssumme als auch auf die spätere Abrechnungssumme für die Grundleistungen, sollten die anrechenbaren Kosten steigen oder fallen.
5. Weitere Zu- und Abschläge jeglicher Art, die nicht an der im Preisblatt vorgesehenen Stelle eingetragen wurden, bleiben bei der Bewertung des Angebotspreises unberücksichtigt und können zum Ausschluss des Angebotes führen